

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 17.02.2011**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal
Zeit: 16:35 Uhr bis 20:05 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Roland Hildebrandt	CDU	
Herr Raik Müller	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	parteilos	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	Vertreter für Frau Hanna Haupt
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Tobias Kogge	BG	
Frau Petra Schneutzer	Verw	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Hans-Günter Schneller	Verw	
Frau Susanne Wildner	Verw	
Frau Annerose Winter	Verw	
Herr Mamad Mohamad	SKE	
Frau Brigitte Thieme	SKE	
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE	
Frau Annette Wunderlich	SKE	
Herr Norwin Dorn	Seniorenrat	
Frau Dr. Uta Schwarzer	Verw	
Frau Sylvia Tempel	Gemeinsame Einrichtung - Jobcenter	
Frau Martina Grummisch	Gemeinsame Einrichtung - Jobcenter	
Herr Sven Weise	LIGA	
Frau Sylke Bühler	Verw	
Frau Dr. Jeannette Drygalla	SKE	
Herr Dr. Eberhard Wilhelms	Verw	

Entschuldigt fehlen:

Herr Robert Bonan	parteilos	
Frau Hanna Haupt	SPD	vertreten durch Herrn Klaus Hopfgarten
Frau Ute Borchert	SKE	
Herr Manfred Czock	SKE	
Herr Christian Weinert	SKE	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 11.01.2011
4. Bericht der Geschäftsführung der Gemeinsamen Einrichtung - Jobcenter
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Änderung Halle-Pass unter dem Gesichtspunkt der Neuregelung der Finanzierung an Teilhabe
Vorlage: V/2010/09354
 - 5.2. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009
Vorlage: V/2010/09413
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur "Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene"
Vorlage: V/2010/09362

7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Mitteilungen
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende begrüßt die Gäste und Mitglieder des Ausschusses und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Wolff fragt, ob TOP 6.1. auf der Tagesordnung bestehen bleiben soll.

Frau Krausbeck bittet darum, den TOP auf der Tagesordnung zu belassen.

Frau Wolff gibt zu bedenken, dass eine ausreichende Diskussion heute zeitmäßig nicht möglich wäre.

Die Ausschussvorsitzende sagt, dass heute eine erste Diskussion möglich wäre und das Thema später noch einmal aufgegriffen werden könnte.

Frau Wildner ergänzt, dass nach einer heutigen ersten Diskussion das Thema auf einer späteren Sitzung erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden kann.

Frau Krausbeck beantragt, TOP 5.1. zu vertagen, es bestehe kein zeitlicher Druck, die Beschlussvorlage kann in eine nächste Sitzung verschoben werden.

Herr Kogge schließt sich der Vertagung an. Zurzeit fehlt die gesetzliche Grundlage zur Aufhebung des Halle-Pass-Beschlusses. Er spricht die Gefahren von Kosten für die Kommune an.

Herr Dr. Yousif fragt nach der Beantwortung der Anfragen aus der vorigen Sitzung.

Herr Kogge sagt, dass eine schriftliche Antwort, soweit sie zum jetzigen Zeitpunkt möglich ist, vorliegt.

Frau Krausbeck sagt, dass der Entwurf der Bundesregierung vorliegt, jedoch muss noch der Beschluss abgewartet werden, um hier zu sagen, wie alles laufen soll.

Frau Wolff stellt den Antrag, TOP 3. im öffentlichen Teil zu behandeln.

Herr Kogge sagt, dass dies hier keine Beschlussvorlage ist, sondern die Projektzuschüsse zur Diskussion aufgelistet wurden.

Abstimmung 4 Ja-Stimmen 5 Nein-Stimmen 1 Enthaltung

Der Antrag ist abgelehnt.

Frau Krausbeck fragt, ob nach der ersten Haushaltslesung eine Sondersitzung im März vor dem Stadtrat stattfinden muss. Dazu gibt es Einverständnis.

Mit der Vertagung des TOP 5.1. wird der Tagesordnung zugestimmt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 11.01.2011

Die Niederschrift vom 11.01.2011 wird genehmigt.

zu 4 Bericht der Geschäftsführung der Gemeinsamen Einrichtung - Jobcenter

Die Ausschussvorsitzende begrüßt zu diesem TOP die Geschäftsführerin der Gemeinsamen Einrichtung – Jobcenter Frau Tempel und erteilt ihr das Wort.

Frau Tempel stellt Frau Grummisch als ihre neue Abwesenheitsvertreterin vor. Sie ist seit 2005 Bereichsleiterin und fungiert als Koordinatorin für die Leistungsabteilungen. Sie wird an den Sitzungen mit teilnehmen.

Frau Tempel informiert über die vorliegende aktuelle Statistik und erläutert die einzelnen Punkte.

Sie weist darauf hin, dass es in der Darstellung im unteren Teil eine kleine Änderung gibt. Bedarfsgemeinschaften werden nicht als vorläufigen Daten ausgewiesen, sondern Hochrechnungen erscheinen als valide Daten drei Monate rückwirkend.

Frau Tomczyk-Radji fragt, ob bei der Bürgerarbeit die Möglichkeit der Nachqualifizierung besteht. Frau Tempel sagt, dass hier keine Möglichkeit vorgesehen ist.

Herr Kogge fragt, wie viele Aktivierungsmaßnahmen gelaufen sind und ob es hier zu einer Senkung der KdU gekommen sei. Frau Tempel antwortet, dass bei den Abgängen in den 1. Arbeitsmarkt eine Reduzierung der KdU gegeben sei, wenn diese Abgänge auch nicht ganz aus den KdU herausfallen. Wer nicht arbeitslos ist, kann trotzdem KdU beziehen. 102 Personen sind in Bürgerarbeit beschäftigt.

zu 5 Beschlussvorlagen **zu 5.1 Änderung Halle-Pass unter dem Gesichtspunkt der Neuregelung der Finanzierung an Teilhabe** **Vorlage: V/2010/09354**

Vertagt

zu 5.2 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009 **Vorlage: V/2010/09413**

Die Ausschussvorsitzende gibt eine kurze Einführung.

Herr Kogge informiert, dass 63 % der Kosten der Stadt Halle dem Dezernat IV (Kultur und Sozialbereich) zugeordnet sind.

Frau Winter gibt einen Überblick über den Bereich Gleichstellung, Amt 53 und Amt 50.

Frau Wolff fragt, ob es Sparvorschläge der Verwaltung gibt. Entsprechen die angegebenen Zahlen denen im Nachtragshaushalt?

Frau Krausbeck fragt ebenso nach Sparvorschlägen.

Herr Kogge sagt, dass Sparvorschläge im Sozialbereich die Jugendhilfe treffen. Außerdem spricht er die 10 % Kürzung der Fördersumme bei freien Trägern an.

Herr Müller sagt, dass mehrere Vorschläge in verschiedenen Bereichen erwartet werden, kein zugeschnürtes Konzept.

Herr Kogge sagt, dass im Dezernat 4,8 Mio Euro Kürzungen bestehen. Im Sozialbereich gibt es nur die 10 % Reduzierung, keine weiteren Vorschläge. Er weist noch auf die Anrechnung der stärkeren Kostenbeteiligung des Saalekreises im Suchtbereich hin.

Frau Wildner ergänzt, dass die freiwilligen Leistungen im Bereich Fördermittel minus 10 % auf der Basis des Ansatzes des Jahres 2010 geplant worden.

Gleichstellung

Herr Dr. Yousif fragt nach Personalausgaben, gibt es Tariferhöhungen, Neueinstellungen?
Frau Wildner antwortet, dass es keine Neueinstellungen gab, am Jahresanfang erfolgte eine Einmalzahlung, ab 2010 eine Stundenerweiterung bei ihr auf 38 Stunden pro Woche.

Frau Wolff sagt, dass die Absenkung um 25 % (nicht 10 %) im Stadtrat so nicht beschlossen wurde, wie geht man mit Stadtratsbeschlüssen um?

Frau Wildner sagt, dass dies so im Planungsverfahren vorgegeben wurde.

Herr Müller fragt nach dem Frauennachttaxi, wieso sind die Kosten für den Druck der Gutscheine so hoch? Kann sich die Stadt dieses Taxi noch leisten?

Frau Wildner sagt, dass die gedruckten Gutscheine nur zum Teil vor der Haushaltssperre ausgegeben wurden, hier könnte per Hand das Jahr geändert werden, damit nicht neu gedruckt werden muss. Frau Wildner weist auf den Stadtratsbeschluss zum Frauennachttaxi hin.

Herr Schachtschneider sagt, die Kosten für den Druck der Gutscheine sind sehr hoch und stehen in keinem Verhältnis. Frau Wildner sagt, dass dies über das ZGM laufen muss. Die Ausschussvorsitzende bittet Herrn Bielecke um Stellungnahme zu diesen Kosten.

Herr Hildebrandt fragt, was das Taxi gebracht hat, hier gibt es eine Subvention der Taxi-Unternehmen. Frau Wildner weist auf das hohe Sicherheitsrisiko für rauen und Mädchen hin, deshalb wurde das Projekt entwickelt, und es besteht nach wie vor dieses Risiko.

Herr Dr. Yousif gibt zu bedenken, dass hier schon eine hohe Kürzung erfolgt ist.

Amt 53

Herr Dr. Wilhelms gibt eine kurze Einführung. Personalausgaben und ZGM-Ausgaben machen 90 % des Haushalts aus. 6.000 Euro wurden nochmals zur Konsolidierung vorgeschlagen durch Umorganisation bei Ausschreibungen (z. B. für die Rattenbekämpfung). Die Personalkosten sind so geplant, wie sie bei Vollzeitbesetzung entstehen laut Fachkonzept.

Seite 337

Frau Wolff fragt, wieso die Ausgabe steigt, obwohl das Personal sinkt.

Herr Dr. Wilhelms sagt, dass im Veterinärbereich eine neue Stelle geschaffen wurde, dies wurde dezernatsintern geregelt.

Frau Wolff sagt, dass die Kosten für Aus- und Fortbildung und für Bücher sehr hoch eingestellt sind. Frau Dr. Schwarzer sagt, hier gibt es einen Stellenaufwuchs mit Personalkostenübertragung vom Land, die Stelleninhaberin wird zum Futtermittelkontrolleur ausgebildet.

Frau Tomczyk-Radji fragt, warum für Steuern, Schadensfälle und Versicherungen keine Kosten eingestellt sind. Frau Dr. Schwarzer sagt, dies sei kein Posten, der fachindiziert ist. Eine genaue Beantwortung erfolgt noch.

Seite 497 keine Fragen

Seite 500

Frau Wolff fragt nach Dienstreisen.

Herr Dr. Wilhelms sagt, dass die Stadt zur Gruppenprophylaxe verpflichtet sei. 2 Stellen Zahnarthelferinnen werden bezahlt, auch Dienstreisekosten sind enthalten.

Herr Schachtschneider fragt, ob die tarifliche Steigerung berücksichtigt wurde.
Herr Dr. Wilhelms sagt, die Gruppenprophylaxe sei eine eigene HH-Stelle, hier sind keine Tarifierhöhungen drin. Personalausgaben sind in 5010.

Seite 503 keine Fragen

VMH

Seite 616
Seite 687 keine Fragen
Seite 689

Amt 50

Seite 441

Frau Winter verweist auf das Austauschblatt.

Herr Schachtschneider fragt, im vorigen Jahr sind Nachzahlungen bzw. Guthaben aus den Betriebskosten ausgewiesen, wieso in 2011 nicht? Aus welchem Grund werden Rundfunk- und Fernsehgebühren erhoben?

Frau Winter erläutert, dass in den Räumen der GWG wöchentlich eine Sprechstunde des Bereiches Wohnhilfe stattfindet. Dort steht ein PC, für den Gebühren gezahlt werden müssen.

Seite 443

Frau Wolff fragt, wieso sich die Telefonkosten erhöhen. Frau Winter sagt, dass das die Anpassung an das ist 2010 ist. Herr Kogge sagt, hier werden sich die Gebühren reduzieren.

Seite 444

Frau Winter verweist auf das Austauschblatt und die Reduzierung des KFA-Anteils.

Seite 448 keine Fragen

Seite 449

Frau Wolff fragt, der Ansatz ist um 78 % gestiegen.
Frau Winter gibt die Ist-Ausgabe 2010 bekannt (= 67.924,52 Euro) und erläutert die Anpassung.

Seite 451 keine Fragen

Seite 455

Frau Wolff fragt, warum hier eine Senkung zu verzeichnen ist. Frau Winter sagt, es gibt weniger Ausgaben an Krankenkosten, der Ansatz wird angepasst.

Seite 456

Frau Winter verweist darauf, dass auch hier eine Anpassung an den Ansatz erfolgte.

Seite 457 keine Fragen

Seite 458 Herr Kogge spricht die hohen Friedhofsgebühren an.
Herr Müller fragt nach der Ist-Erfüllung.
Frau Winter: Ist 2010 547.604,41 Euro

Seite 459 keine Fragen

Seite 460

Herr Dr. Yousif fragt, wieso keine Erstattungen vom Land geplant sind. Frau Winter antwortet, hier gibt es diese nicht mehr, sie sind im FAG mit enthalten.

Herr Müller fragt, wie viel vom Planansatz für ½ Jahr geflossen ist.

Frau Winter nennt als Einnahmen 458,214,08 Euro, andere ist in 9010 enthalten.

Seite 461 keine Fragen

Seite 462

Frau Krausbeck bittet um Erläuterung. Frau Winter sagt, dass durch das AsylbLG die Kosten für die Arbeitsgelegenheiten zu tragen sind, ebenso Kosten für Ausbildung/Umschulung.

Seite 463 Frau Winter informiert über die Anpassung an das Ist.

Seite 464

Frau Winter erläutert das Austauschblatt. Einsparungen bei den Anmietungen von Übergangswohnungen (ÜWE) wurden zur Konsolidierung angeboten.

Frau Wolff fragt, ob die ÜWE weniger in Anspruch genommen werden. Frau Winter sagt, ein Haus mit sehr großen Wohnungen ist nicht mehr angemietet, da hier kein Bedarf mehr besteht. Herr Kogge ergänzt, dass durch das Haus der Wohnhilfe die Möglichkeit der Unterbringung besteht.

Herr Hildebrandt fragt nach dem Neukauf von Möbeln. Frau Winter sagt, dass Möbel für das Haus der Wohnhilfe neu gekauft werden mussten, in den ÜWE gibt es keine Möbel der Stadt.

Herr Hildebrandt fragt nach den Selbstfahrgenehmigungen. Frau Winter informiert, dass diese von den Sozialarbeitern genutzt werden, um Klienten z. B. zum Arzt zu begleiten.

Herr Schachtschneider fragt nach der Waschmaschine im Haus der Wohnhilfe, dies sei eine Spende. Frau Winter antwortet, dass für das Wäschewaschen ein Obolus für Strom und Wasser zu entrichten sei, die gespendete Waschmaschine steht im Haus der Wohnhilfe zur Verfügung.

Seite 466 keine Fragen

Seite 490

Frau Wolff sieht die Ansätze nicht korrekt angegeben. Frau Winter nennt das Ist mit 455.634 Euro im Jahr 2010. Frau Wolff fragt nach der Erhöhung. Frau Winter sagt, dies sei vom Land bewilligt worden (siehe Vorlage für den Finanzausschuss).

Frau Winter nennt aus FAG: 145.300 Euro
Land: 155.200 Euro
ausgereicht: 455.664, 34 Euro

Herr Kogge nennt hier 50.000 Euro als Kürzungen, weil der Saalekreis mehr Leistungen einbringt.

Herr Weise informiert, dass der Saalekreis dies nicht auffangen kann. Er nennt die Bedarfszahlen:

1 Fachkraft je 18.000 Einwohner; Halle hat 1 Fachkraft je 25.000 Einwohner.

Seite 491

Frau Winter erläutert die einzelnen Haushaltsstellen. Die Ausschussvorsitzende fragt, ob die 200.000 Euro für alle Begegnungszentren ausreichen.

Frau Winter nennt 50.000 Euro für SPI

100.000 Euro für die Jugendwerkstatt

50.000 Euro für die Schöpfkelle

Die Ausschussvorsitzende wird hier noch mal nachfragen zu einem späteren Zeitpunkt.

Seite 494

Frau Wolff fragt, ob die Steigerung des Ansatzes bei den Heizkosten realistisch sei. Frau Winter sagt, dass es hier noch Veränderungen geben kann.

Herr Hildebrandt fragt nach dem Ist von 2010. Frau Winter nennt 72.684.117,69 Euro (ist über dem Ansatz)

Seite 495

Frau Winter verweist auf das Änderungsblatt.

Frau Krausbeck möchte das Ist 2010 genannt haben. Frau Winter nennt 8.037.157,31 Euro.

Seite 496

Frau Winter erläutert das Austauschblatt. Frau Wolff fragt nach der Streichung einer Stelle im Halle-Pass. Frau Winter sagt, dass keine Stelle im Halle-Pass gestrichen wurde, es wurde ein haushaltsneutraler Austausch vorgenommen. Verschoben wurde eine Sozialstelle in UA 0295. 139 Stellen im Sozialamt sind analog Fachkonzept.

VMH

Seite 674

Seite 676 keine Fragen

Seite 685

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur "Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene" Vorlage: V/2010/09362

Frau Krausbeck erläutert den Antrag und die Idee der Charta. Der Antrag wurde vom Stadtrat in die Ausschüsse verwiesen.

Frau Wildner sagt, hier sei echter Handlungsbedarf umzusetzen. Es ist wichtig, dass sich die Fraktionen dafür Zeit nehmen. Hier im Ausschuss sollte eine umfängliche Diskussion erfolgen. Die Stadt sollte hier beitreten, wenn man sich ernsthaft beteiligen möchte und

konkrete Projekte verfolgt. Frau Wildner nennt als Beispiel den Aktionsplan der Stadt Heidelberg.

Herr Hildebrand möchte wissen, ob es hier konkrete Missstände gibt, die diese Handlungen erforderlich machen.

Herr Müller bezweifelt die Qualität des Papiers. Die Männer werden im Text nicht erwähnt, nur Frauen. Hier kann nicht zugestimmt werden.

Herr Schachtschneider sagt, dass hiermit bisher kein Ausschuss wirklich etwas anzufangen wusste.

Frau Drygalla spricht an, dass es hier nicht um Missstände geht, sondern um die Gleichstellung von Frauen und Männern. Hier ist zu überlegen, ob wir es durchsetzen wollen. Sie spricht bestimmte Statistiken zur Geschlechterverteilung an. Sie bittet um ein politisches Signal.

Frau Tomczyk-Radji hat das Gefühl, dass wir in Deutschland schon ein Stück weiter sind als das Papier bewirken soll. Über das Gleichstellungsgesetz und das Gender Mainstreaming gibt es schon bestimmte Projekte. Sie spricht außerdem die Frage der Kosten an.

Frau Wolff nimmt erst, dass nicht nur die Stadtverwaltung, sondern auch der Stadtrat verantwortlich ist. Eine erneute Aufnahme in die Tagesordnung hält Frau Wolf für nicht sinnvoll. Das Thema ist hier im Ausschuss bisher auch nicht stiefmütterlich behandelt worden.

Herr Kogge spricht an, dass im Bereich der Sozialarbeit und Pädagogik eher die Männer unterbesetzt sind. Es sollte beobachtet werden, was Heidelberg erreicht hat. Die Verteilung bei den Führungskräften der freien Träger kann überprüft werden und eine gleiche Verteilung gefördert werden.

Frau Krausbeck sagt, dass es nicht ausreichend ist, hier im Ausschuss das Thema anzusprechen. Als Beispiel für die Frauenbenachteiligung nennt sie eine Studie mit 72 Kommunen. Wenn heute über den Antrag nicht entschieden werden kann, bittet sie darum, diesen wieder auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen zu setzen.

Herr Hopfgarten sagt, dass es im Jugendhilfeausschuss zu keiner Abstimmung kam, da diese negativ ausgefallen wäre. Er hält die Gleichberechtigung für eine Selbstverständlichkeit. Man muss gute Gründe haben, ein aufwendiges Programm zu übernehmen. Er spricht auch die aktuelle Haushaltssituation an.

Frau Krausbeck stellt den Antrag, dies heute als 1. Lesung zu sehen und das Thema in einer der nächsten Sitzungen noch einmal auf die Tagesordnung zu nehmen. Diesem Antrag wird zugestimmt.

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

Keine

zu 8 Mitteilungen

Herr Hildebrandt teilt mit, dass der Dornrosa e. V. seine Satzung geändert hat und nunmehr auch Männer Mitglied werden können.

Herr Schachtschneider teilt mit, dass im Bereich Am Treff die Rattenplage zugenommen hat, er bittet um Einleitung entsprechender Maßnahmen.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Die Ausschussvorsitzende fragt nach dem Kinder- und Jugendgesundheitsbericht und der aktuellen Schulanfängerstudie. Wie ist die Stadt hier beteiligt, wie sieht das Ergebnis für die Stadt aus, welche Schlussfolgerungen ergeben sich strategisch aus der Studie?

Herr Dr. Wilhelms informiert, dass am 2.2.11 die 5. Landesgesundheitskonferenz stattgefunden hat. Er informiert über zwei Berichte. Das Zahlenmaterial stammt ausschließlich aus den Gesundheitsämtern des Landes. Herr Dr. Wilhelms wird hierzu in einer der nächsten Sitzungen erneut berichten.

zu 10 Anregungen

Frau Wolff spricht an, dass es zum wiederholten Male im Wappensaal zu den Sitzungen zu kalt ist und regt an, dass die Stadtverwaltung Decken austeilt. Die Temperaturen sind unzumutbar.

Für die Richtigkeit:

Datum: 05.04.11

Martina Kerner
Protokollführerin

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende